

Krise in Sabah

Die malaysische föderale Verfassung garantiert jedem der dreizehn Bundesstaaten eine eigenständige gesetzgebende und ausführende Macht. Sabah und Sarawak, die beiden malaysischen Bundesstaaten auf Borneo, die der Föderation 1963 beitraten, genießen einige Privilegien innerhalb der föderativen Struktur, die den anderen Bundesstaaten nicht zukommen. Insbesondere genießen diese beiden Bundesstaaten ein verfassungsmäßiges Vetorecht bezüglich ihrer legislativen und exekutiven Rechte, in Fragen finanzieller Arrangements mit der Föderation sowie der Staatsbürgerrechte ihrer Einwohner. Das Vetorecht liegt bei der Regierung des jeweiligen Staates und nicht bei der gesetzgebenden Versammlung. Jeder Bundesstaat hat seine eigene, durch die Bundesverfassung garantierte, Verfassung nach britischem Vorbild.

Hinzukommt, daß Sabah und Sarawak gemäß der Verfassung ein Anrecht auf hohe Bundeszuschüsse hat, die den anderen Bundesstaaten nicht zustehen. Dies stärkt scheinbar ihre finanzielle Position, aber andere finanzielle Bestimmungen legen eindeutig fest, daß ihnen nur 10% der Steuereinnahmen aus der Ausbeutung ihrer reichhaltigen natürlichen Rohstoffe zustehen.

Auf der politischen Ebene war die Bundesregierung immer schon bestrebt, über die Regierungen der Bundesstaaten die Kontrolle zu behalten und in dieser Hinsicht ist Sabah keine Ausnahme. Sie hat die korrupte und despotische Herrschaft von Tun Mustapha (Ministerpräsident 1966–76) und von Harris Salleh (Ministerpräsident 1976–85) stillschweigend geduldet und hat 1985 mit enormen Druck versucht, eine Regierung der PBS (Parti Bersatu Sabah) zu verhindern. Die daraus resultierende Krise, offensichtlich 1985 nur zeitweilig gelöst, schwelt weiter und droht den Bundesstaat zu destabilisieren.

1984 hatte sich Datuk Joseph Pairin Kitingan von der regierenden Berjaya-Partei Harris Salehs losgesagt, eine eigene Partei, die PBS, gegründet und entscheidende Nachwahl in Tambunan gewonnen. Bei den folgenden Wahlen zum Landesparlament im April 1985 gewann die PBS 26 der 48 Parlamentssitze, die USNO (United Sabah National Organization) unter Tun Mustapha 16 und Berjaya unter Führung von Harris

Salleh nur 6 Sitze. Dies war eine unerwartete Katastrophe für Berjaya, denn alle ehemaligen Kabinettsmitglieder verloren ihren Parlamentssitz.

In einem ungewöhnlichen Verfassungscoup in den frühen Morgenstunden nach der Wahlnacht zwangen Mustapha und Harris den verfassungsmäßigen Gouverneur nach britischem Vorbild, Tun Adnan, Mustapha zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Er argumentierte, daß der Gouverneur dann die sechs nominierten Mitglieder der Versammlung gemäß seines, Mustaphas, Vorschlag benennen könnte, da USNO mit Unterstützung Berjayas über eine Mehrheit verfügen würde. Zu späterer Stunde des gleichen Tages unterrichtete der Gouverneur Mustapha, daß seine Ernennung widerrufen und Datuk Pairin zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Die Bundesregierung befürchtete Unruhen und entschied sich für die Anerkennung von PBS als Regierungspartei mit dem Argument, daß die Verfassung beachtet werden müsse.

Nach vereinten Versuchen, die PBS



Sabahs Ministerpräsident Josph Pairin Kitingan
aus: FEER v. 18.6.1992, S. 24

Regierung zu stürzen, indem Unruhen durch eine Serie von Bombenanschlägen geschaffen wurden, die die Bundesregierung durch Verkündung des Notstandes zur Intervention zwingen sollte, und indem ein langwieriger Gerichtsprozeß angestrengt wurde, den Mustapha verlor und Pairins Ernennung nicht als verfassungswidrig erklärt wurde, versuchte Premierminister Mahathir die drei Parteien zu einer Regierungskoalition zu zwingen. PBS weigerte sich jedoch zu koalieren und bestand auf ihrem legitimen Anspruch auf die Regierungsmacht. Eine weitere Wahl wurde im Mai 1986 abgehalten, die die PBS mit überwältigender Mehrheit gewann. PBS erhielt ihre Macht zurück beteiligte sich aber noch im gleichen Jahr an der Regierungskoalition im Bundesparlament, der Barisan Nasional – BS – (Nationalen Front). Damit folgte er dem Vorgehen anderer Oppositionsparteien, die in den Bundesstaaten an die Macht gekommen waren. Pairin war der Auffassung, daß der Bundesstaat unter PBS ohne Unterstützung aus Kuala Lumpur keine Fort-

schritte erzielen könnte.

Dennoch versuchten die Bundesbehörden weiterhin die PBS durch Verhaftungen und Belästigungen zu schwächen. Die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen verschlechterten sich zusehends bis 1990, am Vorabend der allgemeinen Wahlen in Malaysia zog sich die PBS aus der BS zurück, in Erwartung, daß zweifelsohne Barisan die Wahlen verlieren würde und voller Hoffnung, daß ihre Abgeordneten im Landesparlament den Ausschlag gegen Barisan geben würden. Barisan gewann die Wahlen jedoch haushoch und PBS war damit weiteren Angriffen ausgesetzt: Pairin wurde wegen Korruptionsverdacht festgenommen, Parteimitglieder der PBS nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (Internal Security Act) verhaftet. Die Bundesregierung behauptete, daß Sabahaner Pläne schmieden aus der Föderation auszutreten. UMNO, Mahathirs Partei, gründete zum ersten Mal mit der Hilfe von Tun Mustapha einen UMNO – Landesverband in Sabah.

1990 gewann PBS erneut einen erdrutschartigen Sieg in Sabah und setzten sich somit als Landesregierung fest. Erst kürzlich haben Mahathir und Pairin ihre Auseinandersetzung auf einen verbalen Krieg beschränkt, aber Mahathir hat bereits angedeutet, daß die Zwanzig-Punkte-Erklärung, die Grundlage des Übereinkommens für den Beitritt Sabahs zur Föderation, einer erneuten Überprüfung bedürfe. Dies scheint ein willkommener Schritt zur Lösung der Probleme des Bundesstaates zu sein, zumal die Sabahaner die Zwanzig-Punkte-Erklärung immer schon als verbindliche Garantie angesehen haben, die allerdings von den Bundesbehörden mißachtet werden.

Eine Überprüfung könnte allerdings auch zur Infragestellung der Rechte bedeuten, die Sabah bisher noch erfolgreich für sich in Anspruch nehmen konnte. Mahathirs Versprechen wird in Sabah mit Argwohn betrachtet, ein gegenseitiges Gefühl seit der Zeit, als PBSs im Vorfeld der Wahlen zum Bundesparlament 1990 ihm in den Rücken fiel. Ob diese Probleme durch Lostrennung Sabahs von der Föderation Malaysia gelöst werden können, ist sehr zu bezweifeln. Ob sie allerdings innerhalb der föderalen Struktur zu lösen sind, ist ebenso fraglich. Zwischenzeitlich zahlt Sabah für seine oppositionelle Haltung zu Mahathir: die Wirtschaftswachstumsrate ist nur halb so hoch in Sabah wie im ganzen Land.

Andrew Harding

Übersetzung aus dem Englischen von Susanne Wycisk.